



**REGISTER-
BERICHT**

2017

AUSWERTUNG 

**extrem rechter und diskriminierender Vorfälle
in Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2017**

Sie sind herzlich willkommen!

Bei uns haben Sie 'was zu melden!

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf nimmt Beobachtungen und Erlebnisse auf: Rechte und diskriminierende Angriffe, Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, Hitlergrüße, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen, Kundgebungen, Aufkleber, Sprühereien oder Gräberschändungen registrieren wir. Bitte nehmen Sie Kontakt zu uns oder einer Anlaufstelle auf bei Erlebnissen und Beobachtungen!

Unsere Anlaufstellen in Charlottenburg

Koordinierungsstelle des Registers

SJ - Die Falken Berlin

Schloßstr. 19, 14059 Berlin

Amaro Foro

Kaiser-Friedrich-Str. 19, 10585 Berlin

AStA-Büro Technische Universität

Str. des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Bezirksbüro Die Linke

Behaimstr. 17, 10585 Berlin

Grünen-Wahlkreisbüro Paus

Windscheidstr. 16, 10627 Berlin

Interkul. Frauen- u. Mädchentreff LiSA

Spandauer Damm 65, 14059 Berlin

Jugendklub Schloss19

Schloßstr. 19, 14059 Berlin

Kontakt zu uns:

E-Mail cw@berliner-register.de

Telefon +49 (0)1 577 78304208

Web www.berliner-register.de

Wenn Sie Opfer, Angehörige*r oder Zeug*in eines Angriffs wurden, wenden Sie sich bitte direkt an die Berliner Opferberatung „ReachOut“: www.reachoutberlin.de

Kiez Büro Klausenerplatz

Seelingstraße 14, 14059 Berlin

Kreisbüro SPD im Rathaus

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

SPD-Wahlkreisbüro Radziwill

Friedbergstr. 36, 14057 Berlin

SPD-Wahlkreisbüro Verrycken

Taurogener Str. 45, 10589 Berlin

Unsere Anlaufstellen in Wilmersdorf

Jugend- und Kulturzentrum Spirale

Westfälische Str. 16a, 10709 Berlin

SPD-Wahlkreisbüro Becker

Fechnerstr. 6a, 10717 Berlin

Über uns: wie wir wirken

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wurde im Jahr 2013 eingerichtet. Kern der Arbeit ist rechte und diskriminierende Vorfälle zu veröffentlichen auf der Webseite www.berliner-register.de. Sie werden recherchiert und gesammelt, ausgewertet und analysiert. Die Perspektive der Betroffenen steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Unsere Schwerpunkte im Jahr 2016 waren der Ausbau der Quellen und die analytische Begleitung des Wahlkampfes. Das Register beriet lokale

Akteur*innen und die Bezirkspolitik. Es gab Gespräche mit Jugendgruppen. Die Partnerschaft für Demokratie wurde beraten. Es fand ein inhaltlicher Austausch statt. Alle zehn Berliner Registerstellen, die Opferberatung ReachOut und die Antisemitismus-Recherche des VdK Berlin sowie Amaro Foro standen in engem fachlichen Austausch. Außerdem gibt es eine gemeinsame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Weiter auf hohem Niveau: 246 Vorfälle in einem Jahr

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf recherchierte im Bezirk 246 rechte und diskriminierende Vorfälle im Jahr 2017, 7 Prozent mehr als im Vorjahr (Abb. 1). Der Anstieg der Vorfälle seit 2013 fand fast komplett im Ortsteil Charlottenburg statt.

Insgesamt setzte sich der Trend fort, dass sich die „Neue Rechte“ in Charlottenburg festsetzt. Dazu zählen unter anderem die Bibliothek des Konservatismus, die Identitäre Bewegung ein Firmennetzwerk und Teile der AfD.

139 Vorfälle ereigneten sich allein im Ortsteil Charlottenburg – wie auch in den letzten Jahren mit Abstand die meisten. Im Ortsteil Wilmersdorf gab es 31 Vorfälle, gering weniger als im Vorjahr. Die stärksten Anstiege gab es in Halensee und Schmargendorf (s. Seite 4-5).

Rassismus war das häufigste Motiv (77). Antisemitische Vorfälle gab es am zweitmeisten (67). Sie stiegen stark an. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus war noch selten (16), aber es gab einen deutlichen Anstieg (Abb.2).

Die Zahl der Propaganda-Vorfälle blieb konstant hoch (102). Veranstaltungen rechter Gruppen nahmen zu (52). Angriffe (18) gingen erstmals zurück (Abb. 3). Auch Berlin-weit wurden weniger Angriffe als im Vorjahr erfasst. Angriffe sind meistens rassistisch motiviert.

Im Frühjahr und Sommer gab es die meisten Vorfälle. Im 3. Quartal wurden 80 Vorfälle gezählt – so viele gab es beim Register in noch keinem Vierteljahr. Am meisten Vorfälle gab es im September (32) rund um die Bundestagswahl. Die wenigsten Vorfälle gab es direkt danach im Oktober. Im Durchschnitt passierte alle 1-2 Tage ein Vorfall.

In Berlin gab es 2800 Fälle. Im Berliner Vergleich stand Charlottenburg-Wilmersdorf an 5. Stelle der Berliner Bezirke. In den meisten Bezirken gingen die erfassten Vorfälle zurück – nicht so in Charlottenburg-Wilmersdorf.

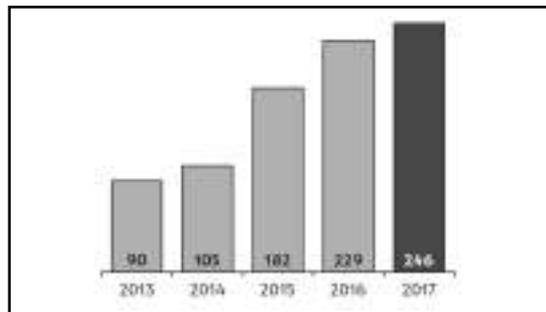


Abb. 1: Vorfälle im Bezirk 2013-2017

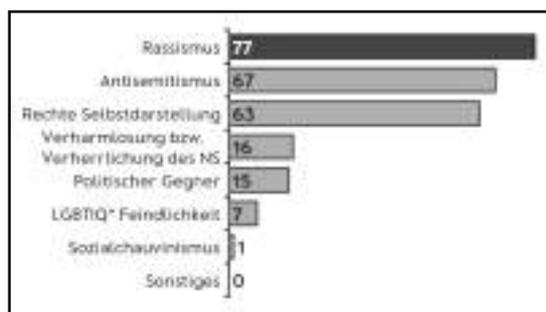


Abb. 2: Vorfälle nach Motiven, 2017

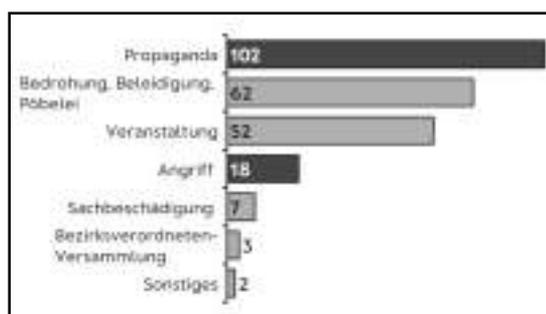


Abb. 3: Vorfälle nach Vorfalls-Art, 2017

Ortsteile: Die Neue Rechte hat ihr

Der Kategorie **Internet** wurden 16 Vorfälle zugeordnet. Der AfD-Bundestags-Kandidat Nicolaus Fest hetzte in seinem Weblog gegen Minderheiten: „Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel.“ Die Ehe-für-alle nannte er „Päderastie für alle“. Die NPD verbreitete jeden Monat rassistische Hetze auf Facebook. 4 Vorfälle hatten eine **bezirksweite** Bedeutung. 5-mal blieb der Ort **unbekannt**.

In **Charlottenburg-Nord** gab es 2 rassistische Angriffe und NS-verherrlichende Graffitis an der Anna-Freud-Schule. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf vermutet hier ein besonders großes Dunkelfeld. Denn rechts-populistische und neonazistische Parteien haben dort seit Jahren hohe Zustimmungswerte.

In **Westend** gab es 12 Vorfälle. Messen und der Kirchentag wurden zum Anlass für rassistische und antisemitische Aktionen genutzt. Das häufigste Motiv war Rassismus. Es gab 2 Angriffe.

In **Grunewald** gab es 1 antisemitische Beleidigung.

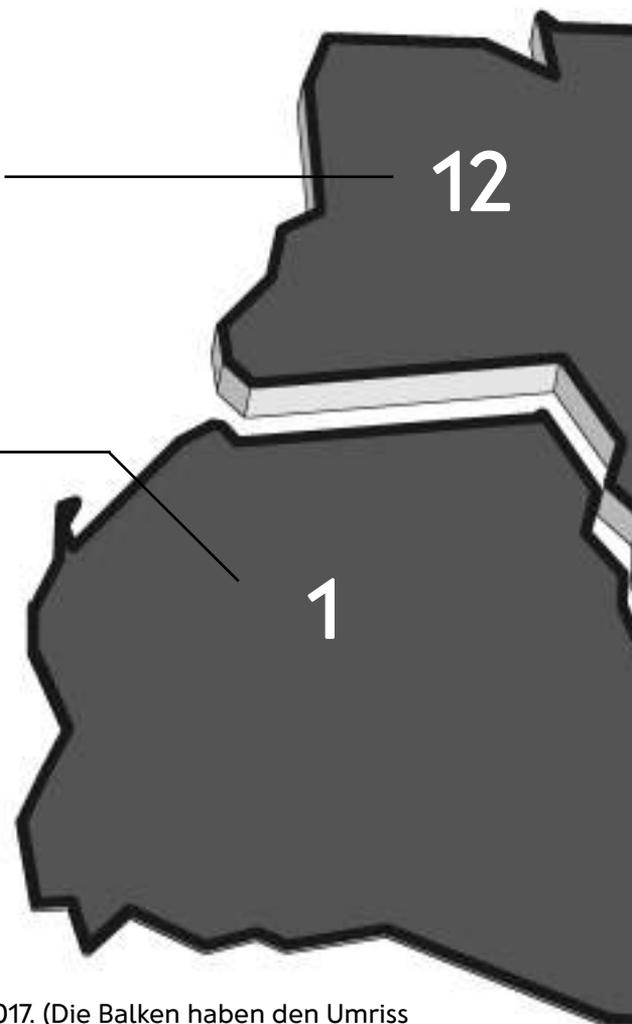


Abb. 4: Vorfälle nach Ortsteil, 2017. (Die Balken haben den Umriss des jeweiligen Charlottenburg-Wilmersdorfer Ortsteils.)

Zentrum in Charlottenburg



Den Schwerpunkt bildete der Ortsteil **Charlottenburg** mit 139 Vorfällen. Charlottenburg hat die meisten Einwohner*innen. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben dort. Viele jüdische Einrichtungen sind da. Es ist ein Verkehrsknotenpunkt. Als ehemalige Innenstadt West-Berlins übt es eine hohe Identifikation bei rechten Akteur*innen aus.

Der Schwerpunkt lag in den Sozialräumen Otto-Suhr-Allee, Kurfürstendamm und Kantstraße. Wichtige Räumlichkeiten sind die Bibliothek des Konservatismus in der Fasanenstraße und der Ratskeller in der Otto-Suhr-Allee. Außerdem haben zahlreichen Zeitschriften, Vertriebe und Anwaltskanzleien aus der neurechten Szene hier ihren Sitz. Es handelt sich um ein Demokratie-gefährdendes, manifestes Netzwerk mit bundesweiter Strahlkraft. In Charlottenburg gab es am meisten rechte Propagandavorfälle zur Selbstdarstellung und sehr viele neurechte Veranstaltungen. Es gab 12 Angriffe.

In **Halensee** gab es 11 Propagandavorfälle. Vermutlich derselbe Täter klebte selbst ausgedruckte, krypto-faschistische Aufkleber im Kiez Katharinenstraße. Das Motiv auf der Titelseite wurde im Juli 2017 in der Georg-Wilhelm-Straße gesichtet.

In **Wilmersdorf** war die Mehrzahl der Vorfälle Propaganda (21). Es gab 2 Angriffe. Rechte Selbstdarstellung und Rassismus waren am häufigsten. Der Schwerpunkt lag rund um den Volkspark.

In **Schmargendorf** gab es 24 antisemitische Briefe an die israelische Botschaft.

Studie zur Raumnahme der Neuen Rechten

Die Studie „Machtergreifung beim Mettbrötchen - Raumnahme der Neuen Rechten in Westberlin“ ist im Dezember 2017 bei der SJD - Die Falken LV Berlin erschienen. Sie kann beim Register Charlottenburg-Wilmersdorf bestellt werden. Sie ist auch auf www.berliner-register.de und www.falken-berlin.de online abrufbar.

Art der Vorfälle: Rechte Propaganda ganz vorn

Propaganda war mit 102 Vorfällen im Jahr 2017 die häufigste Vorgehensweise der extremen und populistischen Rechten (2016: 96, 2015: 55). Der Anteil an allen erfassten Vorfällen lag bei 41 Prozent. Zu Propaganda zählten NPD-Sticker, Werbung für den neonazistischen Rudolf-Heß-Marsch und Plakat-Aktionen der neurechten Identitären Bewegung.

Es gab 62 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2016: 39, 2015: 20).

36 Beleidigungen waren antisemitisch motiviert.

Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr liegt daran, dass zwei Quellen erheblich mehr Vorfälle meldeten. 12 Bedrohungen waren rassistisch motiviert.

In keinem Berliner Bezirk gab es so viele Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien wie in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Es gab 52 Veranstaltungen populistischer und extrem rechter Gruppierungen. Vorträge fanden vor allem in rechten Einrichtungen und Hinterzimmern statt. Die Bibliothek des Konservatismus ist ein Veranstaltungsort der Neuen Rechten mit bundesweiter Bedeutung. Die reichsideologische „Gruppe Blauer Himmel Berlin“ traf sich monatlich. Die vom NPD-Funktionär Pieper seit den 1990ern veranstalteten „Dienstagsgespräche“ fanden wieder statt, in Kooperation mit „Bärgida“.

„Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Gesindel.“

Nicolaus Fest, Bundestags-Kandidat der AfD am 23. März 2017 in seinem Weblog. Nicolaus Fest wertete Zuwanderer*innen ab. Er schrieb ihnen pauschale, negative Eigenschaften zu. Der Spruch stammt ursprünglich von Max Frisch. Der sagte: „Wir riefen Gastarbeiter, bekamen aber Menschen.“

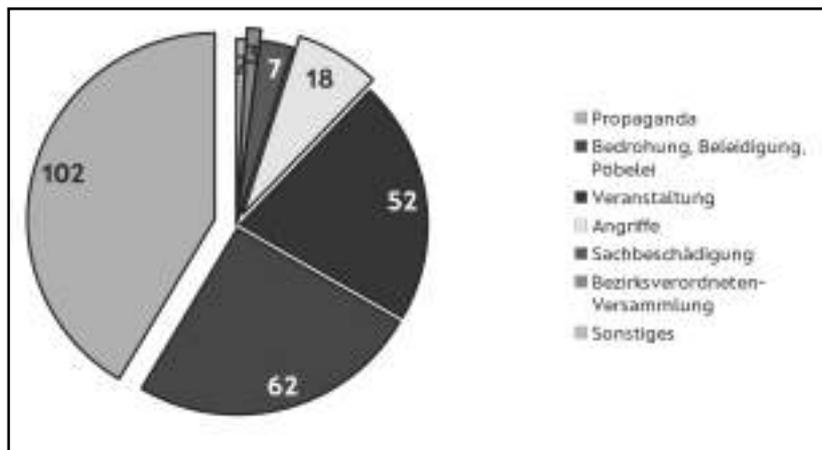


Abb. 5: Vorfälle nach Vorfalls-Art, 2017

Es gab einige Demonstrationen, u.a. von Bärghida und der neonazistische Gruppe „Hand in Hand / Bürgerbündnis Havelland“. Im Juni fand der Qudstag-Marsch statt - mit 600 Teilnehmenden Berlins größte antisemitische Demo.



Abb. 6: Handy-Foto eines NS-verherrlichenden Stickers. In Frakturschrift steht dort: „Es gibt nur ein Deutschland und da ist für die BRD kein Platz mehr!!“

Es gab 18 Angriffe. Erstmals waren sie rückläufig (Anstieg von 2011: 6 auf 2016: 26). In ganz Berlin gab es 2017 insgesamt 265 Angriffe. Im Bezirksvergleich ereigneten sich in Charlottenburg-Wilmersdorf durchschnittlich viele Angriffe. Die Angriffe im Bezirk geschahen zu allen Tageszeiten: nachts, tagsüber und abends. 4 Angriffe fanden allein im Juni statt, 3 im Mai. In den anderen Monaten fanden 1 bis 2 Angriffe statt, im April keiner. 10 Angriffe fanden auf offener Straße statt. 4 ereigneten sich auf Bahnhöfen oder in der U-Bahn. 1 Angriff geschah in einer Schule und 1 in einem Laden. 13 waren rassistisch, 3 antisemitisch motiviert. 1 richtete sich gegen den politischen Gegner, 1 gegen einen schwulen Mann.

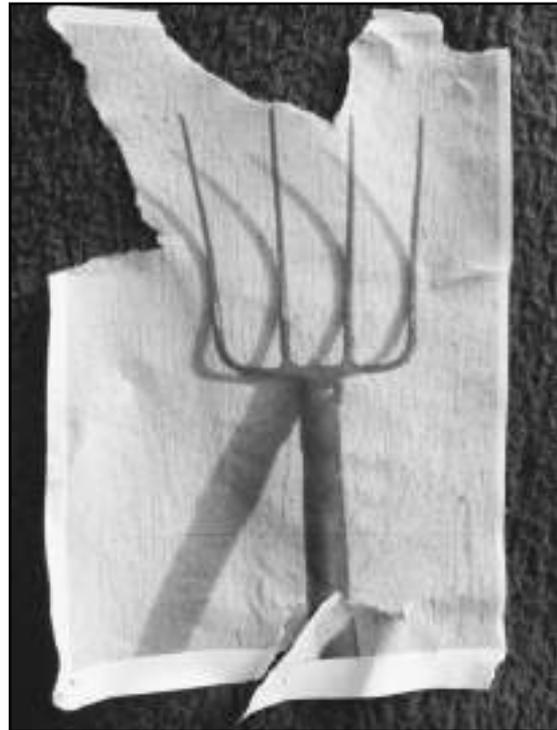


Abb. 7: Diese Mistgabel knüpft an den Song von Xavier Naidoo „Marionetten“ an, der rechtspopulistische und verschwörungsideologische Anleihen nimmt. Im Liedtext gibt es eine Drohung an Politiker*innen: Es „sorgt der wütende Bauer mit der Forke dafür, dass ihr einsichtig seid“.

Die Zahlen wurden mit der Opferberatungsstelle ReachOut abgeglichen.

Es gab 7 rechtsgerichtete und diskriminierende Sachbeschädigungen (2016: 20, 2015: 8). Davon ereigneten sich 4 Sachbeschädigungen während des Wahlkampfes.

AfD: Rechtspopulismus in der Bezirksverordneten-Versammlung

In der Auswertungsbroschüre des Registers Charlottenburg-Wilmersdorf für das Jahr 2016 wurde geschildert, dass sich die AfD in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) als Partei „gegen Geflüchtete und Muslime“ profilierte, die diese Bevölkerungsgruppen mittels zahlreicher Anfragen und Anträge durchgängig und ausschließlich als „Problem, Kostenfaktor oder Gefährdung“ darstellte. Diese Vorgehensweise hat die BVV-Fraktion der AfD das ganze Jahr 2017 über beibehalten. Mehr als ein Drittel aller ihrer kommunalpolitischen Initiativen der seit 2016 beschäftigt sich mit vermeintlichen negativen Auswirkungen der Anwesenheit von geflüchteten und muslimischen Menschen. Keinem anderen Thema wird von der AfD auch nur annähernd so viel Aufmerksamkeit gewidmet.

Typisch für die Vorgehensweise der AfD ist, dass sie etwa die finanziellen Aufwendungen des Bezirks für „Unbegleitete minderjährige Asylbewerber“, für arbeits- und wohnungssuchende Geflüchtete oder für Unterkünfte von Asylsuchenden aufgreift. Bezirksverordnete der AfD versuchen häufig, den – unzutreffenden – Eindruck einer unverhältnismäßigen Höhe dieser Kosten zu erwecken. Mitunter werden auch die Bedürfnisse gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander ausgespielt, etwa die von Geflüchteten gegen die von deutschen Wohnungslosen. Nach dem schrecklichen dschihadistischen Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt vom 19. September 2016 thematisierte die AfD mehrmals lokale Sicherungsmaßnahmen gegen vergleichbare Anschläge. Die Anfragen oder Anträge zu den genannten Themen wurden von der AfD als Anlässe genutzt, um während der Debatten in der BVV gegen die Asyl- und Einwanderungspolitik der Bundesregierung zu agitieren. Nach

Einschätzung der MBR versucht die AfD auf diese Weise, die für lokale Belange zuständige BVV zur Bühne einer rhetorischen Selbst-Inszenierung um rechtspopulistische Identitätsthemen wie Migration und Islam zu machen. Einem ähnlichen Schema folgte 2017 auch das Bestreben der BVV-Fraktion der AfD, sich in mehreren Anfragen, Anträgen und Wortbeiträgen als Vorkämpferin gegen Antisemitismus zu inszenieren. Durch Formulierungen wie „islamischer Judenhass“ oder „importierter Antisemitismus“ wurde deutlich, dass Vertreter_innen der AfD das Problem des Antisemitismus vorrangig bei Menschen muslimischen Glaubens und nicht-deutscher Herkunft verorten. Dies kann so bewertet werden, dass die Charlottenburg-Wilmersdorfer AfD das Thema Antisemitismus lediglich im Sinne ihrer nationalistischen und rassistischen Agenda instrumentalisiert. Untermauern lässt sich diese Bewertung durch einen Blick auf den Umgang der AfD als Gesamtpartei mit antisemitischen Äußerungen eigener Mitglieder: In keinem einzigen der zahlreichen Fälle führten solche Vorkommnisse zu dauerhaften Sanktionen, geschweige denn zu Parteiausschlüssen. Noch schwerer wiegen die fundamentalen Angriffe führender AfD-Vertreter_innen gegen die historisch-politische Auseinandersetzung mit den antisemitischen Verbrechen des Nationalsozialismus. Besondere Bekanntheit erlangten in diesem Zusammenhang die Äußerung des AfD-Spitzenpolitikers Björn Höcke vom Januar 2017 über die „dämliche Bewältigungspolitik“ und seine Forderung nach einer „erinnerungspolitischen 180-Grad-Wende“.

Gastbeitrag der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR Berlin)
www.mbr-berlin.de

Motive: Rassistische Aktionen auf hohem Niveau

Das häufigste Motiv rechter und diskriminierender Gewalt war Rassismus (77 Vorfälle). Davon waren 24 Vorfälle direkt gegen Menschen muslimischen Glaubens gerichtet. Und 10 waren antiziganistisch motiviert, sie richtet sich auf rassistische Weise gegen Romnja und Roma. Am häufigsten in der Kategorie Rassismus waren Propagandaaktionen (38). Dazu zählten Banneraktionen, Flashmobs und Störaktionen der Identitären Bewegung am Breitscheidplatz und beim Evangelischen Kirchentag, rassistische Aufkleber und Hetze im Internet. Es gab 13 rassistische Angriffe. Es fanden 12 rassistische Bedrohungen und Beleidigungen, teils auch von Behörden. Erstmals seit 3 Jahren waren Geflüchteten-Unterkünfte kaum noch ein Ziel.

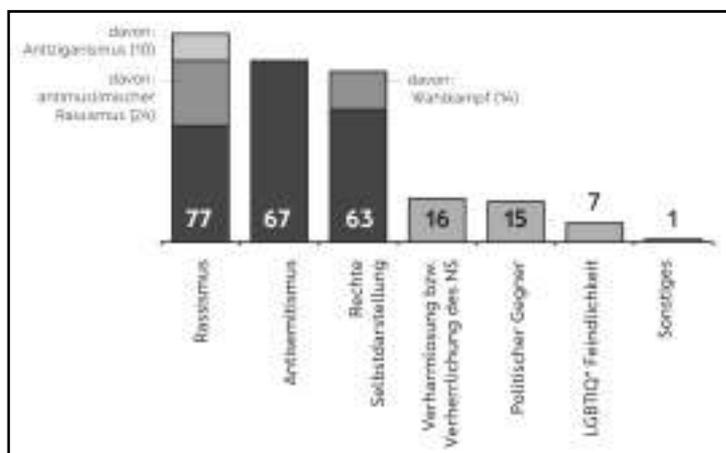


Abb. 8: Vorfälle nach Motiven, 2017

Rassismus ist die Abgrenzung von Menschengruppen durch die Zuschreibung willkürlich festgelegter sichtbarer, unsichtbarer, behaupteter oder wirklicher biologischer Merkmale. Den Ausgegrenzten werden negative, biologische und / oder kulturelle Eigenschaften zugeschrieben.

Antisemitismus war 67-mal der Anlass für Vorfälle. Dabei ging es insbesondere um Bedrohungen, Pöbeleien und Beleidigungen

(36), die meisten waren Drohbriefe an die israelische Botschaft oder das israelische Verkehrsbüro. Antisemitismus wurde auch in Propaganda (19) ausgedrückt. Antisemitismus ist die pauschale Ablehnung des Judentums und der Jüdinnen und Juden. Seinen Ausdruck fand und findet Antisemitismus in der Verleumdung, Ausgrenzung, Diskriminierung, Verfolgung und Vertreibung bis hin zu Versuchen der Vernichtung jüdischer Menschen.

Der selbstdarstellerische Auftritt neo-nazistischer und neurechter Gruppierungen war das dritthäufigste Motiv (63 Vorfälle). Davon gab es 14 Ereignisse im Wahlkampf. Unter anderem hatte die teils rechts-populistische, teils neurechte AfD rassistische Plakate aufgehängt und verteilt. Die

rechtspopulistische Kleinstpartei Deutsche Mitte verbreitete antisemitische Darstellungen. Darüber hinaus gab es mindestens 30 Veranstaltungen. Sie fanden in der Bibliothek des Konservatismus statt. Sie wurden von den neonazistischen Gruppen „Blauer Himmel Berlin“ „Dienstagsgespräche“ und der neurechten „Identitären Bewegung“ ausgerichtet. Außerdem wurden 16-mal Aufkleber-Serien rechter und extrem rechter Gruppen gesichtet.

16-mal wurde der Nationalsozialismus verherrlicht oder verharmlost, insbesondere in Form von Aufklebern. Einige riefen zum neonazistischen Rudolf-Heß-Marsch in Spandau auf. 15-mal stand der Politische Gegner im Fokus. 7-mal wurden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle/Transgender, Intersexe oder Queers („LGBTTIQ“) Opfer rechter Gewalt, darunter 4 Beleidigungen und 1 Angriff. Diese Kategorie erscheint dem Register als starkes Dunkelfeld. Ein weiterer Fall richtete sich gegen Wohnungslose.

10 Empfehlungen: Handeln Sie jetzt!

#1 Der Neuen Rechten den Raum nehmen

Die Neue Rechte hat sich im Bezirk festgesetzt: Junge Freiheit, Bibliothek des Konservatismus, Ratskeller, Veranstaltungsräume. Die antifaschistische Zivilgesellschaft muss Strategien entwickeln, der Neuen Rechten demokratische Strukturen entgegenzustellen.

#2 Die Neue Rechte politisch stellen

Die Bezirkspolitik ist gefordert sich der Raumnahme der Neuen Rechten im Bezirk wirksam entgegenzustellen. Die Veranstaltungs- und Gewerberäume im Bezirk bedürfen klarer und entschlossener Handlungen!

#3 Gaststättenpersonal unterstützen

Rechte Veranstaltungsreihen, Netzwerke und Strukturen sollten Gastwirt*innen im Bezirk erkennen lernen, damit die Anmiete-Versuche aufhören.

#4 Gaststättenpersonal ansprechen

Wenn Sie wissen, dass sich rechte Gruppen in ihrer Nachbarschaft treffen, sprechen Sie die Wirt*innen an. Viele werden Ihren Hinweis dankbar aufnehmen und Hausverbote aussprechen.

#5 Aktivwerden in Charlottenburg

Auf die hohen Angriffs- und Vorfallszahlen in Charlottenburg müssen lokale Akteur*innen Antworten finden. Das Gleiche gilt für Antisemitismus. Gegen den Qudstag-Aufmarsch benötigt es verbesserte Handlungsstrategien – auch staatlicherseits.

#6 Sensibilisierung

Anwohner*innen und politische Akteur*innen sollten für die steigenden Vorfälle, insbesondere Angriffe, sensibilisiert werden und passende Antworten entwickeln können.

#7 Propaganda melden

Aufkleber, Plakate und Schmierereien von rechten Parteien, Gruppen und Einzelakteur*innen sollten dem Register gemeldet werden. Dazu müssen rechte Szenecodes erkannt werden können.

8 Dunkelfelder erhellen

Vor allem in Charlottenburg-Nord sind lokale, zivile Strukturen vonnöten, die sensibel für rechte und diskriminierende Ereignisse sind. So kann Diskriminierung aufgezeigt und entgegengewirkt werden. Dies gilt auch für Grunewald und Schmargendorf.

#9 Anlaufstelle des Registers werden

Kiezinitiativen, migrantische Selbstorganisationen, Vereine, Jugendklubs, Abgeordnetenbüros: sie alle können Anlaufstelle des Register Charlottenburg-Wilmersdorf werden, in den Kiez wirken und zur Erhellung des Dunkelfelds beitragen.

10 Register fortsetzen

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wirkt. Es sollte seine Arbeit fortführen. Es sollte sein Netzwerk aus Anlaufstellen ausbauen. Es bedarf einer hinreichenden Finanzierung des Registers – vom Bezirk und vom Land.

Unser Dank gilt:



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken



Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf wird gefördert aus Mitteln des **Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus** der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung von Berlin.

Die **SJD – Die Falken LV Berlin** ist die Trägerin des Projekts.

Impressum

Herausgeber*innen:	Register Charlottenburg-Wilmersdorf
Autorin, Redaktion:	Lea Lölhöfel
Gastautor*innen:	Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin
Auflage:	1. Auflage (weboptimiert), 2018
Erscheinungsort:	Berlin
Bildnachweis:	Abbildungen 1-6 u. 8: eigene Darstellung; Abbildungen 6-7: Privataarchiv
Titelfoto:	Privataarchiv
Druck:	Flyeralarm, Würzburg
Website:	www.falken-berlin.de und www.berliner-register.de

Hier gibt es doch kein Nazi-problem... – so lautet eine verbreitete Annahme. Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf geht dieser Frage auf den Grund:

Wir dokumentieren und analysieren rechte und diskriminierende Vorfälle im Bezirk. So machen wir Alltags-Diskriminierung sichtbar. Wir nehmen hierzu Vorfälle in eine Jahres-Chronik auf, die öffentlich bekannt werden, z.B. durch Zeitungen, im Internet oder bei Opferberatungen. Auf der Website der Berliner Register (www.berliner-register.de) gibt es unsere aktuelle Liste.

Bürger*innen melden dem Register Charlottenburg-Wilmersdorf solche Vorfälle. Wir sammeln sie, werten sie aus und veröffentlichen sie. Für Anwohner*innen sind wir eine Anlaufstelle. Hier können sie auch

Ereignisse melden, die nicht zur Anzeige gebracht werden (sollen). Wir sind Betroffenen ein Sprachrohr und unterstützen sie.

Für demokratische Akteur*innen liefert das Register Charlottenburg-Wilmersdorf Handlungsgrundlagen gegen rechte und diskriminierende Strukturen. Anwohner*innen können von unserer Arbeit profitieren und aktiv werden, wenn Rechte in ihrem Kiez auftreten oder Diskriminierung verhindert werden kann. Die Bezirkspolitik kann unsere Analysen aufnehmen und reagieren.

Wir kooperieren mit den Register-Projekten in den anderen Berliner Bezirken und der Opferberatung ReachOut Berlin. Wir arbeiten mit den Fachrecherchestellen RIAS und Amoro Foro sowie mit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zusammen.